



SEITE 2
Leiharbeit: Fair statt prekär
Total Banane: Neues aus der schwarz-gelben Welt

SEITE 3
Rente mit 67: Einstieg verschoben



SEITE 4
Im Interview: Joachim Poß, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SEITE 5
Atomkraft: Klage gegen längere Laufzeiten



SEITE 6
Fachkräftemangel: Jetzt handeln
SEITE 7
Soziale Stadt: Kürzungen gefährden Integration
SEITE 8
Wehrdienst: Aussetzung ohne Konzept

GUTE ARBEIT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 5/2010

Es wird kalt in Deutschland

Schwarz-Gelb treibt mit dem Sparpaket die soziale Spaltung voran

Trotz breiter Proteste ist die schwarz-gelbe Regierungskoalition nicht von ihrem unsozialen Kurs abgewichen und hat Ende November den Haushalt 2011 verabschiedet – mit Belastungen vor allem für Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Haushalt 2011 sei einerseits ein Dokument der Klientelpolitik, andererseits führe er die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft weiter fort, stellt Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, fest. „Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen ‚mehr Netto vom Brutto‘ eine glatte Lüge.“ Die Maßnahmen – von der Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose bis zum Kahlschlag beim Programm „Soziale Stadt“ – seien nicht nur sozial fragwürdig, sondern auch schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von Einwanderern.

Gleichzeitig setzt Schwarz-Gelb keine Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und verbessert auch nicht die Handlungsfähigkeit des Staates, vor allem nicht die der notleidenden



Gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung haben in diesem Herbst zahlreiche Gewerkschafter und Sozialdemokraten protestiert. Allein am 13. November beteiligten sich mehr als 100 000 Menschen an dezentralen Kundgebungen und Demonstrationen. In Nürnberg (Foto) beispielsweise waren die Proteste mit rund 30 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die größte Kundgebung in der Stadt seit 30 Jahren.

den Kommunen. Stattdessen werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen bedient – von der Atomindustrie bis hin zur Finanzwirtschaft.

Eine aktuelle Studie der Uni Bielefeld warnt vor einer „Vereisung des sozialen Klimas“ in Deutschland. Insbe-

sondere Spitzenverdiener verweigerten zunehmend Schwächeren ihre Unterstützung. Die Bundesregierung treibt mit ihrer Politik die Entsolidarisierung der Gesellschaft kräftig voran – ob mit ihrem Sparpaket, mit dem Haushalt 2011 oder der Gesundheitsreform.

„Deutschland hat die falsche Regierung“, so Steinmeier. „Sie hat für den Aufschwung 2010 und für die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt nichts getan. Und sie setzt die Chancen für nachhaltiges Wachstum und gerechte Teilhabe aufs Spiel.“ ■

Regelsätze nicht korrekt

Schwarz-Gelb hat die gerade beschlossenen Hartz-IV-Regelsätze nicht korrekt berechnet und bewegt sich verfassungsrechtlich auf dünnem Eis: Das hat eine Expertenanhörung im Bundestag ergeben. Sie hat damit die Position der SPD-Fraktion bestätigt. So hat etwa Dr. Jürgen Borchert vom hessischen Landessozialgericht eine „Fülle

von Ungereimtheiten“ bemängelt, und die Darmstädter Professorin Anne Lenze bezeichnete das „gesamte Paket“ als „verfassungsrechtlich höchst riskant“. Es geht auch anders: „In einem aktuellen Antrag zeigen wir ganz konkret, wie die Regelsätze nach den Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts bemessen werden müssen“, erklärt Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Langzeitarbeitslose: Fördern statt kürzen

Mehr gibt es von Schwarz-Gelb für Langzeitarbeitslose und ihre Familien entgegen aller Versprechen nicht: Den 950 Millionen für die 5-Euro-Regelsatzerhöhung und das so genannte Bildungspaket stehen Einsparungen bei Langzeitarbeitslosen von 2,5

Milliarden Euro gegenüber (bei Elterngeld, ALG-I-Zuschlägen und Rentenbeiträgen). Wie echte Förderung geht, zeigt die SPD-Bundestagsfraktion mit Anträgen zu Weiterbildung, Kita-Ausbau und Ganztagsschul-Angeboten unter www.spdfraktion.de



Total Banane!

Schwarz-Gelb rumpelt weiter – zum Nachteil etwa von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Zum Beispiel beim Mindestlohn in der Zeitarbeit: Erst tönt der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende **Heinrich Kolb** in der „Rheinischen Post“ am 24. November: „Wenn die Union auf einem Zeitarbeits-Mindestlohn beharrt, wollen wir uns dem nicht in den Weg stellen.“ Am gleichen Abend gingen bei Kolb laut „Berliner Zeitung“ dann zwei Telefonate ein. Anrufer waren der **FDP-Chef Guido Westerwelle** und **Wirtschaftsminister Rainer Brüderle** (FDP). Die knappe Weisung der beiden: „Widerrufen!“ Einen Tag später rudert Kolb zurück: Eine Zustimmung der FDP zu einem Mindestlohn für die Zeitarbeit gebe es nicht. „Unsere Gesprächsbereitschaft darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass wir von unserer bisherigen Position abweichen.“ **Wir sagen: Taktische Trickserien auf Kosten der Leiharbeitskräfte – die Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeitsbranche müssen verbessert werden.**

Fest steht: Soziale Kälte gehört zum Markenkern der FDP. Aktuelle Kürzungsorgien beim Projekt „Soziale Stadt“ belegen das einmal mehr. **Patrick Döring**, FDP-Fraktionsvize, höhnte bereits vor einem Jahr: „Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition.“ **Wir fragen: Hauptsache den Hotelbesitzern geht es gut, oder was?**

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) ist das egal. Sie findet die schwarz-gelbe Performance weiterhin duftete. „Es macht uns sogar noch gemeinsam Spaß“, bekannte sie im Bundestag. **Unser Rat: Der Realität ins Auge sehen!**

Leiharbeit fair statt prekär

SPD-Bundestagsfraktion und Gewerkschaften sind sich einig: Für Leiharbeiter muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gesetzlich festgeschrieben werden



Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** (2.v.l.) besucht die SPD-Bundestagsfraktion: im Gespräch mit dem Parteivorsitzenden **Sigmar Gabriel**, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer **Thomas Oppermann**, dem Fraktionsvorsitzenden **Frank-Walter Steinmeier** (v.l.)

// Zunehmend werden Stammebelegschaften durch billigere Leiharbeitskräfte ersetzt. Die SPD will diesem Lohndumping ein Ende setzen.//

Die Arbeitslosigkeit geht zurück. Das ist gut – und nicht zuletzt ein Erfolg der SPD-Bundestagsfraktion, die in der Großen Koalition mit Maßnahmen wie der geförderten Kurzarbeit den Grundstein für diese Entwicklung gelegt hat. Was die SPD-Abgeordneten nicht akzeptieren, ist ein Beschäftigungsaufbau mit einem erheblichen Anteil prekärer Jobs. Darin waren sie sich mit dem DGB-Vorsitzenden **Michael Sommer** bei einem Treffen Ende November in Berlin einig. Eine weitere Prekarisierung der Arbeit ist nicht hinnehmbar, die Ordnung auf

dem Arbeitsmarkt muss wieder hergestellt werden.

Ein zentrales Problem ist aus Sicht von SPD und Gewerkschaften der Missbrauch der Leiharbeit zum Lohndumping. Ein Großteil des aktuellen Beschäftigungsaufbaus findet nicht durch Festeinstellungen, sondern durch Leiharbeit statt. Die IG Metall hat in einem offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestags vor dieser Entwicklung gewarnt: Allein im dritten Quartal 2010 stehen 50 000 neuen regulären Stellen 150 000 neu eingestellte Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer gegenüber.

Das ist vor allem deshalb problematisch, weil das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz es zulässt, dass Leiharbeitskräfte für dieselbe Tätigkeit schlechter bezahlt werden als ihre fest angestellten Kollegen – ein Einfallstor für Lohndumping.

Die SPD-Bundestagsfraktion nimmt die Warnung der Gewerkschaften ernst, die Regierungsfaktionen offenbar nicht. Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag „Fairness in der Leiharbeit“ gefordert, den Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ für Leiharbeiter gesetzlich festzuschreiben. CDU-Arbeitsministerin **Ursula von der Leyen** hat bisher außer Lippenbekenntnissen nichts gegen den Missbrauch der Leiharbeit getan: Ihr Entwurf für ein „verbessertes“ Arbeitnehmerüberlassungsgesetz lässt Lohndumping auch weiterhin zu. Auch der von der Arbeitsministerin geforderte Mindestlohn für die Leiharbeit löse „keines der heute bestehenden Probleme mit der Leiharbeit“, so die IG Metall. An „Equal Pay“ führt kein Weg vorbei. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Gesundheitsreform: Weniger Netto vom Brutto

Die von Schwarz-Gelb beschlossene „Gesundheitsreform“ bedeutet den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung. Versprochen war, dass starke Schultern mehr tragen sollen als die schwachen. „Doch genau das Gegenteil ist der Fall“, so **Elke Ferner, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende.** Die „Reform“ bringt vor allem höhere Beiträge für gesetzlich Versicherte. Künftig sollen sie die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein tragen. Die privaten Krankenversicherungen und Arbeitgeber werden dagegen von

Schwarz-Gelb entlastet. Der Arbeitgeberanteil am Krankenkassenbeitrag wird eingefroren. Die ungerechte Kopfpauschale wird durch die Hintertür eingeführt: Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge – ohne Obergrenze – sind nichts anderes als eine „kleine Kopfpauschale“. Wer viel verdient, zahlt genauso viel wie jemand mit kleinerem Einkommen. Schließlich will die Bundesregierung die „Vorkasse“ ausbauen – die Versicherten bezahlen direkt beim Arzt. Der Betrag wird später von der Krankenkasse erstattet. Unsicher bleibt, was die Kasse

tatsächlich übernimmt. Und nicht jeder kann sich Vorkasse leisten. „Das ist der Beginn einer Drei-Klassen-Medizin“, so Ferner.

Auch in der Pflege treibt Schwarz-Gelb die Entsolidarisierung und Privatisierung voran: Gesundheitsminister **Philipp Rösler** (FDP) will eine kapitalgedeckte Pflegezusatzversicherung einführen. Sollte die sich durchsetzen, „werden sich in Zukunft nur noch Reiche eine gute Pflege leisten können“, urteilt **Hilde Mattheis**, stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Rente mit 67: Voraussetzungen nicht erfüllt

Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus: Schwarz-Gelb ignoriert die Realität auf dem Arbeitsmarkt für Ältere und hält am geplanten Einstieg für die Rente mit 67 fest

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Der für 2012 geplante Einstieg in die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden. Ab diesem Jahr sollte mit der stufenweisen Anhebung des Renteneintrittsalters begonnen werden – wenn eine Überprüfung der Beschäftigungssituation Älterer das zulässt.

Diese Überprüfungsklausel hatte die SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition durchgesetzt. Jetzt musste Schwarz-Gelb den ersten Prüfbericht vorlegen und will am geplanten Einführungstermin festhalten. „Die Voraussetzungen dafür sind aber noch nicht gegeben“, erklärt Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Die entscheidende Frage lautet: Ist die überwiegende Zahl der Menschen bis zum Rentenbeginn sozialversicherungspflichtig beschäftigt.“

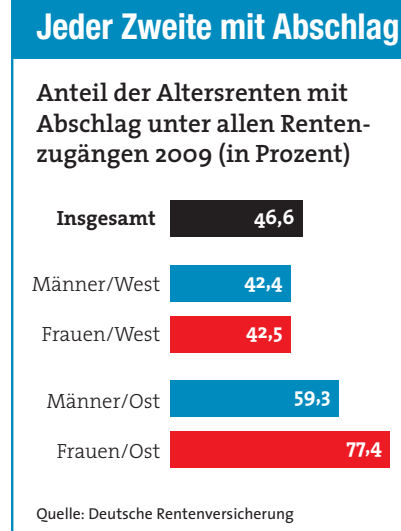
Genau das ist nicht der Fall. „Die Beschäftigungsquote von unter 25 Prozent bei den 60- bis 64-Jährigen reicht nicht aus“, fasst die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme, zusammen. Aktuell steigt die Zahl älterer Arbeitsloser sogar im Jahresvergleich – völlig gegen den Trend auf dem gesamten Arbeitsmarkt (siehe Grafik).

Schwarz-Gelb bedient sich deshalb eines in der Koalition inzwischen oft erprobten Mittels: der Zahlentrickserei. „Die Bundesregierung nimmt bei der Erwerbsquote Älterer alles mit rein – auch Ein-Euro-Jobs oder Mini-



Aktuell steigen die Arbeitslosenzahlen Älterer wieder – im Vergleich zu 2008 um fast ein Drittel.

Jobs, beides keine sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse“, kritisiert die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Elke Ferner. „Es werden so-gar Mini-Jobs von Rentnerinnen und Rentnern berücksichtigt, die von ihrer Rente nicht leben können.“ Das verfälscht nicht nur die Statistik – es zeugt auch von wenig Stil. Ebenso wie die Tatsache, dass Zahlen aus dem Prüfbericht von der Bundesregierung zuerst an die Presse, dann erst an die Fraktionen des Bundestags weitergegeben wurden, obwohl die Debatte zur Rente mit 67 auf der Tagesordnung stand. „Die Bundesregierung hat offenbar jeglichen Respekt vor dem Parlament ver-



Wer nicht bis zum Renteneintritt sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, muss in der Regel mit Abschlägen in Rente gehen – 2009 galt das noch für fast die Hälfte aller „Neurentner“.

loren“, erklärte daraufhin Anton Schaaf, rentenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD verlangt eine transparentere und ehrlichere Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktsituation. Und sie fordert, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Arbeitsplätze Älterer in den Blick zu nehmen. Schließlich sind gut aus- und weitergebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem alters- und altersgerechten Arbeitsumfeld länger beschäftigungsfähig: eine wichtige Voraussetzung für die Rente mit 67 und ein wirksames Mittel gegen einen möglichen Fachkräftemangel.

„Um das zu unterstützen, fordern wir Anstrengungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Investitionen in die Menschen durch ein Recht auf Weiterbildung und neue Impulse für die Humanisierung der Arbeitswelt“, erläutert Frank-Walter Steinmeier die Ziele der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem sollen flexiblere Übergänge in den Ruhestand ermöglicht werden. Und den Worten lässt die Fraktion Taten folgen und hat ihren umfangreichen Antrag „Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen“ in den Bundestag eingebracht. Verantwortung statt Zahlentrickserei – das ist es, was die Menschen verdienen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Spaltung verhindern

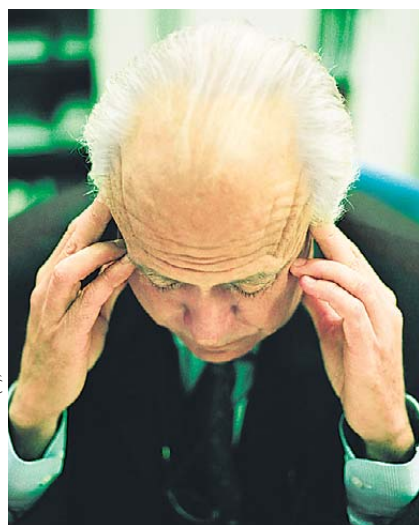


Von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Im Jahr 2011 liegen vor uns größere Herausforderungen, als es die gegenwärtigen Wirtschaftsdaten vermuten lassen. Die Euro-Krise dauert an, die Haushalte sind stark belastet, auch für die Demografie-Falle, für Klimawandel, globale Konflikte, Integration und soziale Spaltung brauchen wir neue Antworten. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass Bürgerinnen und Bürger wieder das Vertrauen zurückgewinnen, dass die Politik diese Probleme auch lösen kann.

Doch während der Zuspruch zur sozialen Marktwirtschaft von mehr als 70 Prozent auf 48 Prozent gesunken ist, verschlimmert die Bundesregierung die Vertrauenskrise, indem sie untere und mittlere Einkommen überdurchschnittlich belastet. Nicht nur schultern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die steigenden Krankenkassenbeiträge künftig zu 100 Prozent. Auch kommen sie mit ihren Steuern allein für die Folgekosten einer Finanzkrise auf, an deren Zustandekommen sie nicht beteiligt waren.

Unsere Aufgabe ist es daher zu verhindern, dass sich das Land weiter spaltet – in jene wenigen, denen es schon immer besser ging, und in jene vielen, deren Wohlstand schrumpft. Wir müssen das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft, in Freiheit und demokratische Entscheidungsprozesse insgesamt erneuern und zugleich darüber nachdenken, wie wir morgen gemeinsam leben wollen. Deshalb haben wir mit den Grünen eine Enquete-Kommission initiiert, die Wege für neuen Fortschritt aufzeigt. Das ist langfristige Arbeit an langfristigen Herausforderungen. Und das wird sich auch in den Wahlergebnissen niederschlagen – über 2011 hinaus. ■



Die SPD will, dass die Übergänge in die Rente flexibler gestaltet werden – unter anderem durch die Fortsetzung der im Jahr 2009 ausgelaufenen geförderten Altersteilzeit und die Weiterentwicklung der Teilrente.

»Wir leben in einem Herbst der Legenden«

Nicht nur beim Aufschwung 2010 schmückt sich die Bundesregierung mit fremden Federn. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Joachim Poß im Interview über schwarz-gelbe Legenden, den Haushalt 2011, die Euro-Krise und die Versäumnisse von Schwarz-Gelb bei der Bewältigung der Finanzkrise



Joachim Poß, 61, ist als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Haushalt und Finanzen zuständig. Der erfahrene Parlamentarier vertritt bereits seit 1980 die Interessen der Menschen aus seinem Wahlkreis Gelsenkirchen im Bundestag. Der Verwaltungsfachmann ist seit 45 Jahren Mitglied der Gewerkschaft, zunächst der ÖTV und seit 2001 der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Als Arbeitnehmervertreter sitzt er im Aufsichtsrat der RAG Deutsche Steinkohle AG, Herne. Außerdem ist er ehrenamtliches Aufsichtsratsmitglied der Ruhrfestspiele Recklinghausen GmbH.

Der Bundeshaushalt 2011 ist beschlossen. Stellt Schwarz-Gelb die richtigen Weichen?

Keinesfalls. Die schwarz-gelbe Regierungskoalition stellt in der Tat in ihrem „Herbst der Entscheidungen“ Weichen, aber sie weisen in eine völlig verkehrte Richtung – sei es bei der Atom-, bei der Gesundheits- oder eben auch bei der Haushaltspolitik. Schwarz-Gelb spart vor allem bei den Schwachen, den Arbeitslosen, den Alleinerziehenden und den Familien und treibt damit die Spaltung der Gesellschaft voran. Dabei wäre es jetzt an der Zeit, die gute wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um Impulse für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und für mehr soziale Gerechtigkeit zu setzen. Wir müssen uns jetzt mit den wirklichen Zukunftsfragen beschäftigen – dazu gehört alles, was sich um Familie, Kinder und Bildung dreht. Wir müssen jetzt klären, wie wir die erforderlichen Mehrausgaben in diesen Bereichen finanzieren können. Aber diese Fragen fallen bei

Schwarz-Gelb hinten runter. Frau Merkel rühmt sich zwar damit, dass bei Bildung und Forschung nicht gekürzt wird. Aber auch nach drei Bildungsgipfeln mit den Ländern ist sie in Sachen nachhaltiger Bildungsfinanzierung keinen Schritt weiter.

Und was ist mit den Versprechungen, die Kommunen zu entlasten?

Schwarz-Gelb lässt auch die Kommunen in Stich. Dabei brennt in vielen Kommunen die Hütte. Aber statt den Versprechungen endlich tatsächliche Entlastungen folgen zu lassen, hat die Bundesregierung die Gewerbesteuer vermindert und für hohe Steuerausfälle gesorgt. Die Unterstützung der Kommunen ist deshalb so dringlich, weil Kommunen in Not erhebliche Folgen für die Lebensqualität der Menschen haben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anträge zum Haushalt gestellt, um erste Maßnahmen zur Entlastung durchzusetzen. Und wir wollen die Unklarheit bei der Gewerbesteuer, wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, beseitigen.

Der Finanzbedarf in der Bildung oder bei den Kommunen ist enorm. Stattdessen reden Regierungspolitiker über Steuersenkungen.

Jetzt über Steuersenkungen nachzudenken, ist der völlig verkehrte Zeitpunkt. Denn bereits während der Großen Koalition hat es massive steuerliche Entlastungen gegeben, auch wenn sich jetzt Schwarz-Gelb damit rühmt. Unter Mitwirkung der SPD-Bundestagsfraktion sind die Bezieher vor allem von mittleren Einkommen durch das Bürgerentlastungsgesetz erheblich entlastet worden. Wir haben mit den Konjunkturpaketen auch die Erhöhung des Grundfreibetrages beschlossen. Dass Deutschland besser als andere Länder durch die Krise gekommen ist, hängt ganz entscheidend mit dem Maßnahmen-Mix zusammen, den wir Sozialdemokraten in der Großen Koalition durchgesetzt haben. Wir haben nicht nur auf Steuersenkungen gesetzt, wie es die Union wollte. Wir haben mit den Konjunkturpaketen die richtigen Inves-

titionsimpulse gesetzt und verstärkt. Ob Umweltprämie oder Kurzarbeit – all das waren Maßnahmen, die die Sozialdemokraten eingebracht haben. Verbunden mit dem richtigen Timing machen sie das Erfolgsgeheimnis der guten wirtschaftlichen Entwicklung aus.

Das sieht Wirtschaftsminister Rainer Brüderle anders. Er hat in der Haushaltsdebatte gesagt: „Deutschland ist unter Schwarz-Gelb zum wirtschaftlichen Vorbild geworden.“

Dazu kann ich nur eines sagen: Wir leben in einem Herbst der Legenden. Als ob der famose Herr Brüderle irgendetwas mit dem Aufschwung in Deutschland zu tun hat! Es waren viel eher – neben den Maßnahmen der Großen Koalition – die hoch flexiblen Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, die Deutschland so gut durch die Krise gebracht haben. Die Arbeitnehmer haben erhebliche Opfer gebracht, um Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Arbeitgeber haben eingesehen, dass mit einer Hire-and-Fire-Einstellung die Krise nicht zu bewältigen ist. Deshalb hat der Staat ihnen mit der Kurzarbeit eine Brücke gebaut, und die haben sie betreten. Die finanziellen Belastungen waren für die Beschäftigten in Kurzarbeit und für die öffentlichen Haushalte groß. Aber die Grundidee war und ist richtig: Es galt, mit der Kurzarbeit jeden Arbeitsplatz zu sichern. Denn: Jeder abgebaute Arbeitsplatz wäre ansonsten für immer verloren gewesen. Die FDP hat all diese Maßnahmen, die die Wirtschaft stabilisiert haben, prinzipiell abgelehnt. Wenn sie sich heute mit dem Erfolg brüstet, ist das reine Strategie, um aus dem Umfragekeller herauszukommen.

Muss die SPD nicht noch stärker deutlich machen, dass der Aufschwung ihr Erfolg ist?

Heute schaut die Union im Bundestag betreten weg, wenn die FDP einen ihrer heftigen Angriffe auf Erfolge der Großen Koalition, wie etwa die Umweltprämie, fährt. Mit ihr ist es uns gelungen, eine Schlüsselbranche, die Automobilindustrie, zu stabilisieren. Heute gibt es dazu kein Wort der Verteidigung seitens der CDU/CSU mehr – obwohl das damals ein Gemeinschaftswerk war. Uns wird vorgeworfen, wir würden nicht zu unseren Beschlüssen stehen – dabei sind es die anderen, die einen Schlingerkurs fahren. Aber es stimmt, wir müssen uns noch mehr mit unseren Stärken profilieren. Wir müssen deutlicher machen, dass die Sozialdemokraten etwas von Wirtschaft und Finanzen, von Umwelt und sozialem Ausgleich verstehen. Es gibt keine andere Partei, die in ihrem Grundansatz wie wir Wirtschaft, Soziales und Ökologie zusammenbringt. Die Regierung sagt dagegen nichts zu den Weichenstellungen für die Zukunft – weder konzeptionell noch finanziell.

Welche weiteren Legenden siehst du in diesem Herbst noch?

Eine ganze Reihe – etwa die Legende von Frau Merkel als Hüterin der Euro-Stabilität. Auch das ist reine Inszenie-

„Es gibt keine andere Partei, die in ihrem Grundansatz wie wir Wirtschaft, Soziales und Ökologie zusammenbringt.“

Joachim Poß, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

rung. In Wirklichkeit hat die Kanzlerin in der Griechenland-Krise lange gezaudert und mit ihrem Nichthandeln den Euro erst in Turbulenzen gebracht. Einen Monat lang konnte sie sich mit Schäuble nicht auf einen Kurs einigen. Was war das für eine Situation? Wir sind die größte Wirtschaftsnation in Europa – und wir waren in einer solchen Krisensituation führungslos. Und ihre Überlegungen, Griechenland aus dem Euro rauszuwerfen, waren eine Einladung an die Spekulanten, jetzt erst

recht gegen Griechenland zu wetten. Aus Merkels Orientierungslosigkeit haben die schwarz-gelben Spin Doctors die Legende gebaut, sie habe gezielt so lange gebraucht, um Griechenland zur Stabilität zu zwingen. Eine weitere Legende ist, dass Frau Merkel eine entschiedene Verfechterin einer stärkeren Regulierung der Weltfinanzmärkte sei.

Aber die Kanzlerin setzt sich doch für die Finanztransaktionssteuer ein.

Ja – sie will sie eigentlich weltweit: Das ist aber ein von vorneherein zum Scheitern verurteiltes Projekt. Entsprechend ist auch in Sachen Finanztransaktionssteuer nichts passiert. Was die Regulierung der weltweiten Finanzmärkte angeht, sind zu wenig Fortschritte erzielt worden. Dabei sind die Ursachen der Finanzkrise wie das perverse Boni-System hinlänglich bekannt. Seit einem Jahr fällt Deutschland als Promoter für strengere Kontrollen der Finanzmärkte aus. Der Schwung, den wir in der Großen Koalition – unter der Federführung von Peer Steinbrück – hatten, ist verpufft. Das gilt auch für das Thema Steueroasen: Absichtserklärungen werden als Erfolge verkauft, aber substantiell ist wenig passiert. Auch das gehört zur schwarz-gelben Legendenbildung.

Immerhin haben wir die Bankenabgabe.

Das ist reine Symbolpolitik. Sie ist so knapp bemessen, dass es Jahrzehnte dauert, bis der Fonds, der aus diesen Ein-

nahmen gespeist wird, wenigstens einen Teil der Risiken der Finanzgeschäfte abdecken kann. Im Übrigen ist nicht einzusehen, weshalb vor allem die produktiv Arbeitenden oder die Unternehmen der Realwirtschaft zur Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen werden. Deshalb muss die Finanztransaktionssteuer her – unabhängig von der Krise.

Stichwort Euro-Krise. Jetzt hat es Irland getroffen. Wer ist als nächster dran?

Man sollte sich davor hüten, über die nächsten Opfer zu spekulieren – schon das wirkt als Einladung an Spekulanten. Staaten dürfen nicht zum Spielball der Märkte werden. Die konservativ-liberale irische Regierung ist allerdings nicht ganz unschuldig an der Schuldenkrise. Das Auspielen der übrigen EU-Mitgliedstaaten durch geringe Steuersätze sowie weiche Finanzmarktregulierungen waren der Nährboden für den rasanten Absturz. Man kann nur froh sein, dass 2005 die FDP noch nicht mitregiert hat. Sonst wären wir vielleicht jetzt da, wo heute Irland steht.

Ob in Irland oder hierzulande: Zahlen nicht vor allem die Arbeitnehmer und die Schwachen die Zeche der Krise?

Ja. Die Weichenstellungen von Schwarz-Gelb sind in jeder Beziehung verheerend. Das Sparpaket vertieft die soziale Spaltung. Die angebliche Beteiligung

der Wirtschaft ist nichts Anderes als Augenwischerei. Die Luftverkehrsabgabe etwa zahlen nicht die Unternehmen, sondern die Verbraucher. Mehr Netto von Brutto hat Schwarz-Gelb den Bürgern versprochen. Für die meisten Menschen gilt genau das Gegenteil. Für sie wird das Leben teurer – etwa durch gestiegene Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das schwächt die Kaufkraft und gefährdet den Aufschwung. Die Vermögenden bleiben ungeschoren. Um die Schieflage im Steuersystem zu ändern, brauchen wir nicht nur höhere Spitzensteuersätze für die Topverdiener, sondern auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Der Aufschwung ist ein zartes Pflänzchen. Wie groß ist die Gefahr, dass er abgewürgt wird, wenn jetzt unter dem Motto „Der Markt wird's richten“ weitergemacht wird?

Die Risiken sind vorhanden. Wir sind in der Eurokrise fast der einzige Stabilitätsanker. Aufgrund unserer hohen Exportorientierung sind wir extrem abhängig von den Weltmärkten. 60 Prozent unserer Exporte gehen ins europäische Ausland – auch deshalb ist es in unserem ureigenen Interesse, die Euro-Zone stabil zu halten. Wir profitieren davon am stärksten. Wir müssen aber auf alle Fälle als Gegengewicht die Binnennachfrage erhöhen. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber Schwarz-Gelb fängt erst gar nicht damit an. ■

Klage gegen Laufzeitverlängerung

Schwarz-gelbe Atompolitik geht zu Lasten künftiger Generationen

„Ich bin mir ganz sicher, dass der von der Koalition beschrittene Weg schon vor dem Bundesverfassungsgericht endet“, sagt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier über die von Schwarz-Gelb beschlossene Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke.

Trotz massiver Proteste von Bürgerinnen und Bürgern überall im Land haben CDU, CSU und FDP diese Entscheidung gegen den Willen einer gesellschaftlichen Mehrheit durchgezogen. Die parlamentarische Beteiligung wurde durch Geheimverhandlungen mit den Atomkonzernen ausgehebelt, die Beschlüsse anschließend im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitscht, kritisiert Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Außerdem hätte der Bundesrat an der Entscheidung beteiligt werden müssen, meint die SPD-Bundestagsfraktion.



Stark vertreten: SPD und SPD-Bundestagsfraktion beteiligten sich am 28. Oktober an der Anti-Atom-Menschenkette rund ums Berliner Kanzleramt.

Diese Einschätzung teilt sogar der Rechtsausschuss des Bundesrats. „Ohne ausdrückliche Zustimmung der Länderkammer ist das Gesetz verfassungsrechtlich nicht tragbar“, erklärt Steinmeier. Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-regierten Bundesländer wollen deshalb vor dem Verfassungsgericht klagen.

Die Laufzeitverlängerung wird in den kommenden Jahren rund 5000 Tonnen zusätzlichen Atommüll produzieren: Politik zu Lasten künftiger Generationen. Dass die Bundesregierung bereit ist, Verantwortung für die Zukunft, für Umwelt und Klima zu übernehmen, muss sie jetzt zumindest beim Klimaschutz zeigen. Vom gerade zu Ende gegangenen Weltklimagipfel im mexikanischen Cancún müsse das Signal ausgehen, „dass die Politik des Wartens auf den Langsamsten ein Ende hat“, so Frank Schwabe, klimapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Bundesregierung ruft er auf, wieder eine Vorreiterrolle bei Klimaschutz und Energieeffizienz zu übernehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits im Oktober den Rahmen für ein nationales Klimaschutzgesetz in den Bundestag eingebracht. ■

Mehr zum Thema:

www.spdfraktion.de

Mit guter Arbeit und besserer Bildung gegen Fachkräftemangel

Schwarz-Gelb redet von Vollbeschäftigung, hat aber keine überzeugenden Ideen

Anders die SPD-Bundestagsfraktion – für sie steht fest: Der künftige Fachkräftebedarf muss durch bessere Bildung und gute Arbeit gedeckt werden. Dabei gilt es, die Potenziale zu mobilisieren, die vorhanden sind. „Wir müssen zuerst die vorhandenen Potenziale der Menschen, die bereits in Deutschland leben, besser nutzen“, erklärt Fraktionsvize Hubertus Heil. „Nur dann wird Vollbeschäftigung tatsächlich realisierbar sein. Jeder Erwerbstätige soll die Chance auf beruflichen Einstieg und Aufstieg haben. Der Fachkräftebedarf kann und darf nicht allein durch Zuwanderung gedeckt werden.“

Um alle Potenziale von jungen Menschen nutzen zu können, macht sich die SPD-Bundestagsfraktion etwa dafür stark, dass niemand mehr das Bildungssystem ohne Schulabschluss

verlässt. Gleichzeitig fordert sie auch, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Job zu halten – und zwar in qualifizierter Beschäftigung nicht in prekärer. Außerdem müssen Frauen stärker unterstützt werden, um nach der Geburt eines Kindes wieder in den Job einsteigen zu können. Das setzt eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraus.

Großes Potenzial bieten auch Migrantinnen und Migranten. Oftmals gehen sie Jobs nach, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Der Grund: In Deutschland werden immer noch zu wenige Berufsqualifikationen aus anderen Ländern anerkannt. Im übrigen will die SPD-Bundestagsfraktion durchsetzen, dass junge Migranten früher gefördert und weiterqualifiziert werden. ■



Über 300 Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter diskutierten auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion Anfang Dezember über soziale und Arbeitswelt-Themen. So ging es um prekäre Beschäftigung, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, den Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen, den Folgen der Gesundheitsreform und den drohenden Fachkräftemangel. Einig waren sich alle, dass mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Fernost auch der Ausverkauf von Know-how in Deutschland droht.

Mindestlohn muss kommen

Immer häufiger verdienen Pädagogen in der Weiterbildung gerade mal zwischen 1300 und 1800 Euro brutto im Monat. Ohne einen Mindestlohn in der Weiterbildung geht es nicht, stellt Anette Kramme, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, klar. Schwarz-Gelb redet von Fachkräftemangel und kürze gleichzeitig die arbeitsmarktpolitischen Mittel, um zum Beispiel Erwerbslose zu schulen. Dies führe unweigerlich zu weiteren Qualitätsverlusten und Hungerlöhnen in der Weiterbildung, so Kramme. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Arbeitgebern, einem Bildungsverband,

der Diakonie und der Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert die SPD-Bundestagsfraktion, den Mindestlohn in der Weiterbildung allgemein verbindlich zu erklären.

Das lehnt Bundesministerin Ursula von der Leyen aber bisher ab. Einen Mindestlohntarifvertrag haben die Sozialpartner bereits vorgelegt. Ein allgemeinverbindlich erklärter Branchenmindestlohn ermöglicht es, dass BA und Jobcenter diesen als Grundlage für die Auftragsvergabe ansetzen. Die Anbieter könnten damit ihre Konkurrenz nicht mehr über Lohndumping austragen, betont Kramme. ■

Nachgefragt



Der deutsche Baukonzern Hochtief soll durch den spanischen Konzern ACS übernommen werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um solche „feindlichen Übernahmen“ zu verhindern. Doch die Bundesregierung mauert und verweigert Management und Beschäftigten von Hochtief jegliche Unterstützung. Klaus Wiese, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), erklärt, welche Lücken im deutschen Übernahmerecht geschlossen werden müssen.

Das deutsche Übernahmerecht ist viel zu lasch. Es lädt geradezu dazu ein, börsennotierte Unternehmen billig zu kaufen. Die

Gefahr ist deshalb groß, dass es bei Übernahmen nicht mehr um Geschäftsstrategien geht, sondern allein um kurzfristige finanzielle Interessen.

Andere westeuropäische Staaten, die USA und Australien haben schärfere Regelungen. Sie schützen damit Beschäftigte und Aktionäre vor feindlichen Attacken, die nur darauf abzielen, einen möglichst hohen Gewinn einzustreichen. Es ist vollkommen unverständlich, warum die Bundesregierung an dem deutschen Sonderweg festhält. Schwarz-Gelb sollte diese Haltung überdenken und auf den SPD-Vorschlag eingehen, die Gesetzeslücke zu schließen. Es geht nicht darum, Übernahmen zu verhindern oder in Protektionismus zu verfallen. Ziel der Politik muss es aber sein, die Interessen der Menschen in Deutschland zu schützen. Dafür brauchen wir gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa. ■

Die Generation Praktikum darf es nicht mehr geben

Für junge Menschen der Generation Praktikum wird der Berufseinstieg immer prekärer. Sie hangeln sich von Praktikum zu Praktikum in der Hoffnung auf eine Festanstellung. Die Praktika sind meist unbezahlt oder viel zu gering vergütet und bieten kaum Perspektiven. Oft wird von den Unternehmen explizit eine Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium gewünscht. „Wenn nicht das Lernen, sondern die Arbeitsleistung im Vordergrund steht, ist es kein ‚Praktikum‘, sondern ein Arbeitsverhältnis“, so Anette Kramme, Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt sich gegen diese Ausbeutung junger Menschen und startet mit dem Antrag „Für Fairness beim Berufseinstieg – Rechte der Praktikanten und Praktikantinnen stärken“ erneut eine Geset-

zes-Initiative. Dieser wird noch im Dezember im Bundestag eingebracht. In der letzten Legislaturperiode waren die Verhandlungen für ein solches Gesetz am Widerstand der Union gescheitert.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung endlich einen Gesetzentwurf, der sicherstellt, dass der Missbrauch von Praktika in Zukunft verhindert werden kann. „Wir fordern gesetzliche Klarstellungen, Ergänzungen zur besseren Abgrenzung von Praktika- und Arbeitsverhältnissen, schriftliche Vertragsabschlüsse für alle Praktika als Berufseinstieg und eine angemessene Vergütung“, erklären die zuständigen Berichterstatter der Fraktion Gabriele Lösekrug-Möller und Swen Schulze. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Integrationsplan ist nur Lippenbekenntnis

Die Bundesregierung kürzt das Programm „Soziale Stadt“

Union und FDP haben dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ das faktische Aus beschert: Um 70 Prozent wird das Programm gekürzt – von 95 auf 28,5 Millionen werden die Mittel zusammengestrichen. Die massiven Einschnitte gehen vor allem zu Lasten der sozialen Programme im Wohnumfeld: Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche fallen den Kürzungen zum Opfer. Die verbleibenden Mittel sollen vor allem für baulich-investive Maßnahmen verwendet werden.

Ausgerechnet in sozialen Brennpunkten soll es an die Substanz des sozialen Zusammenhalts gehen: „Das ist

ein Schlag ins Gesicht all derer, die im Rahmen der ‚sozialen Stadt‘ in Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert und in Quartiersräten und Nachbarschaftsinitiativen gearbeitet haben“, erklärt der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sören Bartol.

Dabei war die „Soziale Stadt“ ein wesentlicher Baustein im Kapitel „Integration vor Ort“ des nationalen Integrationsplans. Mit dem Aus für das Programm wird der nationale Integrationsplan zum bloßen Lippenbekenntnis der Kanzlerin und ihrer Integrationsbeauftragten. Noch im Juni hatte Schwarz-Gelb in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion

zur Zukunft des Programms festgelegt: „Im Ergebnis auch der unabhängigen Zwischenevaluierung hat sich der integrierte Ansatz des Programms Soziale Stadt bewährt. (...) Die Unterschiede zwischen bevorzugten und benachteiligten Stadtteilen vergrößern sich. Es ist eine zunehmende Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in oft peripheren Stadtteilen zu beobachten.“

Wie sich die Kürzungen konkret auswirken, wird sich erst im nächsten Jahr zeigen. Klar ist aber, dass die Mehrzahl der zurzeit 570 Projekte in über 350 Kommunen nicht mit weiteren Förderzusagen rechnen kann und neue Projekte keine Chancen haben. ■

FORTSCHRITT NEU BESTIMMEN

Eine neue Enquête-Kommission des Bundestages geht dem Zusammenhang von Wachstum und Wohlstand nach. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurde am 1. Dezember die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. „Deutschland braucht eine andere Politik. Die Debatte um die großen Zukunftsfragen muss endlich beginnen. Die Enquête-Kommission soll Vertrauensverlust und Zukunftsangst aufgreifen und Wege zu einem anderen Wirtschaftsmodell weisen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier.

Lebensqualität nur über den ökonomischen Indikator Bruttoinlandsprodukt zu erfassen, greift aus Sicht der SPD zu kurz. Andere Aspekte wie Umwelt und Klima, Generationengerechtigkeit, Gesundheit, Bildung, Teilhabe und Zugang zu Arbeit müssen künftig stärker bei der Beurteilung von Fortschritt berücksichtigt werden. „Wenn wir wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt messen wollen, brauchen wir einen neuen Indikator“, erklärt Peter Friedrich, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquête-Kommission.

Dazu wird sich die Kommission mit den Fragen befassen: Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Fortschritt? Die Kommission wird noch vor Ablauf der Legislaturperiode über ihre Ergebnisse berichten. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Was ist deutsch?

SPD-Bundestagsfraktion startet Veranstaltungsreihe zur Integrationsdebatte

Mit ihrer neuen Veranstaltungsreihe will die SPD-Bundestagsfraktion die Integrationsdebatte voranbringen. Erstmals lud die Bundestagsfraktion unter der Fragestellung „Was ist deutsch im 21. Jahrhundert?“ Ende November in Berlin zu einem Podiumsgespräch ein – mit großer Resonanz.

Frank Schirmacher, Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) und die Publizistin Hilal Sezgin sollten durch Rede und Gegenrede zum Diskurs animieren. Die Debatte verlief

weniger kontrovers als vermutet. Auch der FAZ-Herausgeber musste mit Blick auf die multiethnische Gesellschaft in den USA und auf Forschungsergebnisse des Max-Planck-Instituts zugeben: „Wir brauchen die Integration junger Menschen in Deutschland. In einer immer älter werdenden Gesellschaft eine Debatte über die Fertilität der Zugezogenen zu führen, ist reiner Wahnsinn. Wir brauchen jeden!“

Dem wollte Autorin Sezgin nicht widersprechen. Sie verwies darauf,

dass Deutschland schon immer ein Einwanderungsland war. „Was heute als deutsche Kultur bezeichnet wird, ist meist aus den Mittelmeerländern zu uns gekommen“, so die türkischstämmige Deutsche.

Die Veranstaltungsreihe, mit der die SPD einen „Diskurs suchen will, der uns nicht weiter spaltet“, wie es der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in seinem Eingangsstatement betonte, wird fortgesetzt. ■

Integration im Diskurs – Statements aus der Debatte



// Deutsche Leitkultur – das ist etwas Statisches. Wir fragen, was unser Land eigentlich zusammenhält. Was ist das heute, die „deutsche Identität? //

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender



// Der Biologismus Sarrazins und seine These von einem homogenen Deutschland sind völlig irreführend. Aber wir haben eine tiefe Verunsicherung in der Bevölkerung. //

Dr. Frank Schirmacher, FAZ-Herausgeber



// Ist Deutschland ein Einwanderungsland? Schon das Heilige Römische Reich deutscher Nation war ein multiethnischer Staat. //

Hilal Sezgin, Autorin



// Es geht um einen grundlegenden Perspektivwechsel in diesem Land: Vielfalt ist die neue Realität. //

Dr. Ehrhart Körting, SPD, Berliner Senator für Inneres und Sport

Vorgestellt



Michael Roth

Der neu gewählte europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Roth (40) ist überzeugt, dass die Globalisierung nur mit einer starken Europäischen Union demokratisch, sozial und nachhaltig gestaltet werden kann. „Die schwarz-gelbe Europapolitik ist desaströs. Europa muss besser gemacht und kommuniziert werden. Dabei möchte ich mithelfen“, so der Diplom- und Politologe. Der Generalsekretär der hessischen SPD vertritt die Interessen der Menschen in seinem Wahlkreis Werra-Meißner – Hersfeld-Rotenburg, in dem er seit 1998 immer direkt gewählt wurde. ■



Iris Gleicke

Iris Gleicke (46) vertritt als Sprecherin der Landesgruppe Ost in der SPD-Bundestagsfraktion die Interessen Ostdeutschlands gegenüber den verschiedenen Fachbereichen. Als Parlamentarische Geschäftsführerin sorgt die Bauingenieurin für reibungslose Abläufe in der Bundestagsfraktion, ist für das Personal zuständig und Beauftragte für das Reformationsjubiläum 2017. Die Parlamentarierin mit 20-jähriger Erfahrung (seit 1990 Mitglied des Bundestages) ist Mitglied im Ältestenrat. 2009 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande unter anderem für ihr Engagement bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ausgezeichnet. ■

Aussetzung der Wehrpflicht – Ausstieg ohne Konzept

Schwarz-Gelb verschließt die Augen vor den Konsequenzen

// Die Bundesregierung kümmert sich nicht um die Folgen, die das Aussetzen der Wehrpflicht mit sich bringt. //

Die Aussetzung der Wehrpflicht ab Juli 2011 ist beschlossene Sache und hat weitreichende Auswirkungen für junge Menschen, die Hochschulen, Freiwilligendienste und die Bundeswehr selbst. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich offenbar noch keine Gedanken über die Folgen gemacht und keine nachhaltigen Auffang-Konzepte entwickelt.

Thema Studienbewerber: Für 2011 wird mit 60 000 zusätzlichen Studienplatzbewerberinnen und -bewerbern gerechnet. Insgesamt müsste eine Summe von bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden, um entsprechend das Studienplatzangebot auszubauen. Swen Schulz, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt: „Allein der Bund hat dies durch die Aussetzung der Wehrpflicht verursacht, er muss also auch die Lasten tragen.“ Doch statt Verantwortung zu übernehmen und das Problem zu lösen, vertagen es Merkel & Co. auf die nächste Legislaturperiode. Insgesamt geht dieses Aussitzen von Problemen zu Lasten junger Menschen und ihrer Lebenswürfe. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Übernahme von zusätzlich verursachten Kosten durch den Bund.

Thema Zivildienst: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht geht die Aussetzung des Zivildienstes einher, denn der Ersatzdienst ist direkt an die Wehrpflicht gekoppelt und kann nicht unabhängig vom Wehrdienst bestehen. Rolf Schwanitz, der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, und Sönke Rix, stellvertretender familienpolitischer Sprecher, sehen darin Chancen, wenn die freiwerdenden Mittel für die Jugendfreiwilligendienste Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) verwendet werden. Stattdessen will Familienministerin Kristina Schröder mit dem „Bundesfreiwilligendienst“ eine teure Doppelstruktur in Konkurrenz zu FSJ und FÖJ errichten. Darüber hinaus werden die Mittel für benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gekürzt. „Schwarz-Gelb ignoriert, dass ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr erheblich



Überfüllte Uni-Hörsäle im nächsten Wintersemester – zwangsläufige Folge, wenn sich Schwarz-Gelb nicht den Konsequenzen der Aussetzung der Wehrpflicht stellt.

zur Integration, zum Kompetenzerwerb und zur sozialen und politischen Teilhabe von jungen Erwachsenen beitragen kann.“ Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, die freiwerdenden Mittel für Jugendfreiwilligendienste zu verwenden und dies als Stärkung des Engagements junger Menschen zu verstehen und zu nutzen.

Thema Zukunft der Bundeswehr: Die weitreichenden Kürzungen und das Aussetzen der Wehrpflicht führen in der Bundeswehr zu Verunsicherung über deren Zukunft. Zwar ist es gut, dass das Konzept des freiwilligen Wehrdienstes für Männer und Frauen übernommen wird, das die SPD bereits 2007 beschlossen hat. Doch passen die vorgesehene Dauer von 15 Monaten nicht zu den anderen Freiwilligendiensten (12 Monate) und berücksichtigen so die Ausbildungsgänge junger Menschen nicht, kritisiert Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Auch Antworten zur Finanzierung der Umgestaltung der Bundeswehr bleibt Schwarz-Gelb schuldig. Zunächst werde die Umgestaltung Geld kosten, bevor es zu Einsparungen komme, so Rainer Arnold. Er kritisiert, dass sich die Bundesregierung sich bisher nicht dazu

geäußert habe: „Die Kosten für die künftige Struktur der Bundeswehr sind in keiner Weise finanziert. Sie werden einfach auf die nächste Legislatur geschoben.“ Die SPD fordert, die freiwillig Wehrdienstleistenden nicht zu „Kurzzeitdienern“ der Bundeswehr zu machen und Einsparzwänge nicht zum Dreh- und Angelpunkt der Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr zu machen. ■

Neuerscheinungen

- „70 Argumente gegen Atomenergie – Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien“ (30 Seiten, November 2010, Aktualisierte Neuauflage)
- Unsere Handschrift: Gefährliche Spielkumpane – Sicherheit von Kinderspielzeug verbessern (Faltblatt, 6 Seiten, Dezember 2010)
- „Schwarz-Gelb kürzt bei der Integrationspolitik“ (Faltblatt, 8 Seiten, November 2010)
- Unsere Handschrift: Schluss mit Generation Praktikum – Faire Chancen beim Berufseinstieg (8 Seiten, Dezember 2010)

Bestelladresse: siehe Impressum

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Herstellung: Network Media GmbH
Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel
Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke, Timm Steinborn
Druck: Frankenpost Verlag GmbH
Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:
– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin
– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de
– per Fax: 030/22756800